Geset : Sammlung

fur Die

Königlichen Preußischen Staaten.

✓ Nr. 32. —

(Nr. 2621.) Allerhochste Genehmigungs = und Beftatigungs = Urfunde, betreffend ben Rach= trag zu dem Statute der Berlin = Unhaltischen Gifenbahngefellschaft megen einer Zweigbahn von Juterbogt nach Riefa und wegen Erhohung des Stammaftien=Rapitale um 3,000,000 Thaler. Bom 2. September 1845.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

Nachdem die Berlin-Unhaltische Eisenbahngesellschaft nach Inhalt der Uns porgelegten Berhandlungen ber Generalversammlungen vom 22. Mai 1844. und vom 28. April 1845. auf Grund des S. 26. des unterm 15. Mai 1839. be= statigten Statutes beschlossen hat, das von ihr begründete Unternehmen einer Eisenbahn von Berlin nach Cothen auf eine Zweigbahn von Juterbogt nach Riefa zum Anschlusse an die Leipzig = Dresdener Gisenbahn, als einen integri= renden Theil ihres Unternehmens, auszudehnen, wollen Wir hierdurch zur Unlage einer Zweigbahn von Juterbogk bis zur Landesgranze in der Richtung auf Riefa, mit der Maafgabe, daß dem Staate in Betreff derfelben die Genehmi= gung des Frachttarifs (sowohl fur den Waaren= als fur den Personentrans= port), sowie des Bahngeldtarifs, und jeder Abanderung dieser Tarife, desgleichen die Genehmigung und nothigenfalls auch die Abanderung der Fahrplane vorbehalten bleibt, auch die allgemein festgesetzten Bedingungen in Betreff der Benutzung der Eisenbahnen fur militairische 3wecke (Gesetzfammlung fur 1843. C. 373.) in Unwendung kommen, Unfere landesberrliche Zustimmung ertheilen, indem Wir zugleich bestimmen, daß im Uebrigen die in dem Gesetze über die Gisenbahn=Unternehmungen vom 3. November 1838. ergangenen allgemeinen Borschriften, namentlich diejenigen über die Expropriation, auch auf das Un= ternehmen diefer Zweigbahn Unwendung finden follen. Auch wollen Wir, nach= dem in den vorerwähnten Generalversammlungen beschlossen worden, theils zur 85

Ausführung der mehrgedachten Zweigbahn, theils zum Behufe der Vervollsständigung des Anlagekapitals der Hauptbahn, das nach Inhalt des unterm 18. Februar 1842. bestätigten Nachtrages zu dem Statute aus 3,000,000 Thaster Stamm= (Dividenden=) Aktien und aus 1,500,000 Thaler Prioritätsäktien bestehende Gesellschaftskapital um 3,000,000 Thaler Stamm= (Dividenden=) Aktien zu erhöhen, die Ausgabe von 3,000,000 Thaler Stamm= (Dividenden=) Aktien, unbeschadet der den vorgedachten Prioritätsäktien zustehenden Rechte, hiermit genehmigen, und den anliegenden Nachtrag zu dem Statute der Berlinzunbaltischen Eisenbahngesellschaft mit der Maaßgabe:

daß auf die neu zu emittirenden Aktien, soweit nicht in diesem Nachtrage etwas Besonderes bestimmt ist, die Vorschriften des unterm 15. Mai 1839. bestätigten Statuts (Abschnitt II. §§. 5. bis 21.) ebenfalls Anwendung

finden sollen,

in allen Punkten bestätigen.

Die gegenwartige Genehmigungs = und Bestätigungs = Urkunde soll nebst dem Nachtrage zu dem Gesellschaftsstatute durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht werden.

Gegeben Sanssouci, den 2. September 1845.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Flottwell. Uhden.

Richa, mit der Machaebe, das dem George in Denethen die Geneduns

Machtrag

zu dem Statute der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft, die Anlage einer Zweigbahn von Juterbogk nach Riesa und die Kreirung von 3,000,000 Thaler neuer Stammaktien betreffend.

S. I.

Die Berlin-Unhaltische Eisenbahngesellschaft hat beschlossen, ihr durch das Allerhöchst bestätigte Statut vom 3. April 1839. (Gesetzsammlung Nr. 2019.) gegründetes und in Folge desselben ausgeführtes Unternehmen auf eine Zweigbahn von Jüterbogk nach Riesa auszudehnen, letztere in der vom Staate zu genehmigenden Richtung zu erbauen und sie in gleicher Art, als die Berlin-Unhaltische Eisenbahn, für ihre Rechnung zu benutzen, so daß sie einen integrirenden Theil des Berlin-Anhaltischen Eisenbahnunternehmens ausmachen soll.

S. II.

Zur Deckung der Kosten des Baues dieser Zweigbahn und der Anlegung der noch benöthigten Doppelgeleise, sowie zur Vervollständigung des Anlage-Rapitals der Hauptbahn, sollen 15,000 Stück neue Berlin=Unhaltische Eisen-bahnaktien à 200 Thlr., mithin über

3,000,000 Thaler,

freirt werden. Das gesammte Stammkapital der Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesellschaft wird sonach auf die Summe von 6 Millionen Thalern erhöht und durch 30,000 Aktien à 200 Thaler repräsentirt.

S. III.

Die neuen Aktien werden mit Bezugnahme auf diesen Nachtrag, übrigens aber in der nämlichen Form, als die ursprünglichen Stammaktien, unter fortlausenden Nummern, von 1 bis 15,000 einschließlich, mit Beifügung des Buchstabens B., ausgesertigt und gewähren ihren Inhabern vom 1. Januar desjenigen Jahres an, welches zunächst auf die Eröffnung der Fahrten auf der ganzen Zweigbahn folgen wird, völlig gleiche Nechte wie die ursprünglichen Stammaktien. Bis zu diesem Zeitpunkte werden dieselben mit 4 (vier) Prozent jährlich verzinst.

S. IV.

Den Besitzern der ursprünglichen Aktien steht es frei, auf Höhe ihres Aktienkapitals auf die Aktien Litt. B. zu zeichnen und dieselben zum Parikurse zu übernehmen.

(Nr. 2621-2622.)

S. V.

S. V.

Ueber diejenigen Aftien Litt. B., welche von den alteren Aftenbesitzern nicht beansprucht werden, soll zum Vortheil der ganzen Gesellschaft verfügt werden.

S. VI.

Die hierauf bezüglichen und die sonstigen speziellen Modalitäten, nach denen bei der Emission der Aktien zu verfahren, bleiben den Gesellschaftsvor=ständen überlassen.

(Nr. 2622.) Bekanntmachung über die unterm 2. September 1845. erfolgte Bestätigung des Statutsentwurfs der für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Braunsberg bis Plaswig zusammengetretenen Aktiengesellschaft. Vom 30. September 1845.

Des Königs Majeståt haben den unterm 15. Februar 1843. vollzogenen Statutsentwurf der für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Braunsberg dis Plaswig zusammengetretenen Aktiengesellschaft mittelst Allershöchster Kabinetsorder vom 2. September d. J. zu bestätigen geruht, was nach Vorschrift des S. 3. des Gesetzes über Aktiengesellschaften vom 9. November 1843. mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß der Statutsentwurf durch das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Königsberg zur öffentlichen Kenntniß gelangen wird.

Berlin, den 30. September 1845.

Der Finanzminister.

In deffen Abwesenheit. Beuth.